



Die EDU trifft sich online zur DV

Am 18. Januar 2021 loggten sich 29 Delegierte zur ersten Online-DV ein. Sieben Referenten wurden der Online-DV zugeschaltet und ermöglichten eine spannende Diskussion zu drei nationalen und einer kantonalen Vorlage.

Samuel Kullmann



Einstimmiges Ja zum Burkaverbot

Anian Liebrand, politischer Mitarbeiter der EDU Schweiz, sprach sich für ein Ja zum Verhüllungsverbot aus. Es helfe dem politischen Islam Grenzen zu setzen, fördere die Sicherheit und sei mit klar definierten Ausnahmen gut umsetzbar. Nicolas Rimoldi (FDP) konterte, dass ein liberaler Staat keine Kleidervorschriften in die Verfassung schreiben darf.

Parole: **Ja 28** / Nein 0 / Enthaltungen 1

Skepsis gegenüber der elektronischen ID

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen zeigte die Vorteile einer e-ID auf und plädierte für die rechtliche Grundlage im E-ID-Gesetz dazu. Rimoldi warnte davor, die Ausstellung eines digitalen Passes privaten Unternehmen zu überlassen, der Datenschutz sei zu wenig gewährleistet.

Parole: **Ja 4** / **Nein 23** / Enthaltungen 1

Freihandel mit Indonesien – trotz Bedenken

Pascal Wüthrich von "economiesuisse" erklärte, dass beim Freihandelsabkommen mit Indonesien zum ersten Mal verbindliche Vorschriften bezüglich Nachhaltigkeit gelten würden. Christine Baderscher, Nationalrätin der Grünen, warnte, dass die Umsetzung problematischer sei und für die Bevölkerung Indonesiens auch Nachteile hätte.

Parole: **Ja 16** / **Nein 10** / Enthaltungen 2

Kt. Abstimmung: Klares Nein zu mehr Sonntagsarbeit

Das Gesetz über Handel und Gewerbe wurde vom Grossen Rat in zwei Punkten angepasst. Neu gelten für e-Zigaretten die gleichen Regeln wie für herkömmliche Raucherwaren was den Jugendschutz stärkt. Diese Änderung ist kaum umstritten. Im zweiten Punkt wurde die Anzahl bewilligungsfreier Sonntagsverkäufe von zwei auf vier erhöht was auf einen Vorstoss von FDP-Grossrat Adrian Haas zurückgeht, der ge-



genüber den Delegierten die Ja-Parole zum Hauptvorschlag vertrat. Nathalie Imboden, Grossrätin der Grünen, beleuchtete hingegen die Zusatzbelastung für das Verkaufspersonal und die Aushöhlung des Sonntags als Ruhetag.

Parole der DV

Hauptvorlage (Erweiterung Sonntagsarbeit).
Ja 3 / Nein 23 / Enthaltungen 0

Eventualantrag (keine Erweiterung Sonntagsarbeit): **Ja 24 / Nein 2 / Enthaltungen 0**

Stichfrage: 1 für Hauptvorlage / 25 für Eventualantrag

Faire Bewertung von Grundstücken

Die kürzlich erfolgte Neubewertung von Liegenschaften sorgt bei vielen Leuten mit Wohneigentum für Unmut. Mittels Motion fordert EDU-Grossrat Jakob Schwarz, dass die Bewertungskriterien nochmals überdacht und differenziert werden.



Jakob Schwarz

Eine Mehrheit im Grossen Rat hat beschlossen, dass auf 2020 eine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke durchgeführt werden soll. Er hat dabei für die Festsetzung der amtlichen Werte einen Ziel-Medianwert von 70 Prozent festgelegt. Das heisst, dass die amtlichen Werte im Durchschnitt 70 Prozent des Verkehrswertes ausmachen sollten. Die Bewertungskriterien waren jedoch nicht Gegenstand dieses Beschlusses und der Diskussion im Grossen Rat. Im vergangenen Jahr wurden gestaffelt in verschiedenen Gemeinden den Liegenschaftsbesitzern die neuen amtlichen Werte eröffnet. Im Zuge dieser Eröffnungen sind die Berechnungsgrundlagen dann auch öffentlich geworden. Mit dem Fortschreiten der Eröffnungen wurde klar, dass in vielen Fällen dieser Ziel-Medianwert von 70 Prozent teilweise deutlich überschritten wird und das Ziel einer korrekten und fairen Bewertung nicht erreicht wurde.

Markt und Verkehrslage sollen besser berücksichtigt werden

Betroffen sind vor allem touristische Gemeinden des Oberlandes. Zusammen mit drei weiteren Motionären verlange ich in meinem Vorstoss, dass die Kriterien für die Bewertung überarbeitet werden. Die unterschiedlichen Marktgegebenheiten von Erstwohnungen, Zweitwohnungen und Wohnungen mit Nutzungsbeschränkungen sollen berücksichtigt werden. So kann beispielsweise ein Eigentümer mit im Grundbuch gesicherter Erstwohnungspflicht nicht den gleichen Verkaufspreis erzielen, wie derjenige der ohne Beschrän-

kung ist. Deshalb ist ein Heranziehen von Verkaufstatistiken, die alle Verkäufe beinhalten, nicht richtig. Eine weitere Forderung ist, dass bei der Bewertung der Verkehrslage die Qualität der Erschliessung mit öffentlichem Verkehr und die Strassenerschliessung zu berücksichtigen sind. Heute werden die Gebäude im Ortskern von Laenen, Adelboden, Spiez und Bern alle mit der gleichen Verkehrslage benotet. Da auch innerhalb von Gemeinden teilweise grosse Unterschiede bestehen, möchte ich zudem erreichen, dass gebietsweise unterschiedliche Landrichtwerte und Mietwertkategorien zur Anwendung kommen.

Die Motion wurde vom Regierungsrat als dringlich erklärt und wird deshalb in der Frühlings-Session 2021 des Grossen Rats behandelt. Falls sie angenommen wird, müssten die amtlichen Werte nach den neu festgelegten Kriterien noch einmal berechnet und eröffnet werden. •

Medianwert

Beim Median handelt es sich um eine statistische Messgrösse. Er teilt eine Liste von Werten, die nach Grösse sortiert sind, in zwei Teile auf. Im Fall der Mietwerte werden alle amtlichen Werte, die im Vergleich zum Verkehrswert grösser als 70 Prozent sind, auf der einen Seite des Medians dargestellt. Die Mietwerte kleiner als 70 Prozent werden auf der anderen Seite des Medians abgebildet.



Energie: Sind wir fit für die Zukunft?

In der Frühlingsession 2020 hat EDU-Grossrätin Katharina Baumann insgesamt 6 Interpellationen eingereicht. Es geht um erneuerbare Energien, Verbraucherverhalten, Versorgungssicherheit, Energiestrategie, Speicherlösungen und Sektorkopplung. Der Regierungsrat hat Ende November 2020 zur Energiestrategie kurz Stellung genommen und dazu, wie der Kanton Bern derzeit aufgestellt ist.



Katharina Baumann

Energie ist der Puls unseres Lebens. Elektrischer Strom ist ein wichtiger Energieträger, er kann vielseitig und direkt angewendet und in der Regel ohne Abfallwirkung eingesetzt werden. Ein faszinierendes Produkt! Unsere Abhängigkeit von der Energieversorgung und deren Komplexität bleiben dabei oft im Hintergrund. Deshalb gilt es, verschiedene Entwicklungen im Auge zu behalten.

Die Importabhängigkeit steigt. Parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie sollen heimische erneuerbare Energien, wie Wasserkraft, Photovoltaik, Wind, Geothermie und weitere ausgebaut werden. Begünstigt durch die Vorgaben des Energiegesetzes, der technischen Entwicklung, sowie der gesellschaftlichen Realität, wird heute auch im Kanton Bern primär Photovoltaik zugebaut. Diese unterliegt jedoch stark saisonalen und wetterbedingten Schwankungen.

Der Strombedarf steigt. Wegen des Bevölkerungswachstums und weil immer mehr elektrische Verbraucher wie Elektromobilität und Wärmepumpen in Betrieb sind, steigt der Strombedarf weiter. Energieeffizienz und technischer Fortschritt können den Mehrbedarf nicht auffangen.

Die Komplexität steigt. Trotz der Abhängigkeit von der schweizerischen Energiepolitik und von internationalen Abkommen, kann sich der Kan-

ton Bern durch die vorhandene Wasserkraft mit entsprechendem Speicherpotential, strategischer Planung und Infrastruktur zu einem gewissen Grad absichern. Die Diversifikation von Photovoltaik- und Windenergie erhöht die Komplexität. Das Zusammenspiel von Produktion und Nachfrage sämtlicher Energieformen spielt hier eine grosse Rolle.

Die Risiken steigen. Diese Komplexität birgt auch enorme Risiken. Sind wir für lange Kälteperioden oder den Fall eines längeren Blackouts (grossflächiger Stromausfall) als Kanton Bern gerüstet und werden entsprechende Massnahmen erarbeitet?

Der Handlungsbedarf steigt. Ich bin mir bewusst, dass der Kanton Bern nicht im Alleingang Änderungen umsetzen kann. Trotzdem bin ich überzeugt, dass jetzt der Moment zum Handeln ist. Wir müssen hinsehen, mitdenken, sensibilisieren und handeln.

Die Beantwortung meiner Interpellationen lässt einige Fragen offen – insbesondere auch, weil der Regierungsrat selber darauf hinweist, dass die Energiestrategie aus dem Jahr 2006 mittlerweile überholt sei. Entscheidend ist, dass wir als EDU dran bleiben, die Energieversorgung ökologisch, sicher und wirtschaftlich zu prägen. •



3 Fragen an Samuel Kullmann



Thomas Kuhn, Samuel Kullmann

Samuel, seit Kurzem bist du Präsident des Vereinsvorstandes «Asyl Berner Oberland». Seit wann gibt es diesen Verein, was sind seine Tätigkeiten?

ABO ist ein Verein der Ende 2016 von den kommunalen Sozialdiensten in der Region Thun und Oberland gegründet wurde und ist ein regionaler Partner des Kantons bei der Umsetzung der neuen Asylstrategie NA-BE. Die 40 Mitarbeitenden des Vereins begleiten Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in enger Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden.

Wo siehst du deine Wirkungsmöglichkeiten als Präsident des Vorstandes?

Zuerst darf ich in das Amt hineinwachsen und werde diese Frage wohl in einigen Monaten besser beantworten können.

Ist der Verein «Asyl Berner Oberland» eine Einzellerscheinung, oder gibt es vergleichbare Anbieter in der Schweiz?

In anderen Regionen des Kantons haben z.B. das Rote Kreuz oder die Firma ORS den Zuschlag erhalten, auch die Heilsarmee hatte sich beworben. Mit der Situation in anderen Kantonen bin ich noch zu wenig vertraut. •

Beten bewegt

Sonja Steinmann

Psalm 95,2: «Lasst uns mit Danken vor sein Angesicht kommen und mit Psalmen ihm jauchzen!»

Gott zujubeln: Nationalrat Andreas Gafner, Grossrätin Katharina Baumann und Grossräte Jakob Schwarz, Johann Ulrich Grädel, Ernst Tanner und Samuel Kullmann – sucht den Herrn, lobt ihn und hört ihm zu.

Voll Dank: Wenn wir offen und zufrieden sind, können wir dankbar sein. Auch wenn wir nicht singen können im Gottesdienst, dürfen wir für uns Lieder hören und mitsingen. Das Lob in unseren Herzen kann niemand verhindern.

Vertrauen wir Gott: Nicht rebellisch sein gegen die Regierung. Beten wir um Weisheit und Weitsicht für die Verantwortungsträgerinnen und -träger. Gottes Wege sehen und verstehen.

Vor ihn treten: Demütig und offen vor Gott kommen. Ihm unsere Not, unsere Wut, unser Unverständnis, aber auch unsere Freude und unseren Dank formulieren.

Unsere Freude zeigen: Wir wollen die Freude am Herrn sichtbar machen. Man darf es uns ansehen, dass wir Gott in unseren Herzen haben und mit ihm durchs Leben gehen – gerade auch in diesem Jahr.

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Thomas Kuhn

GESTALTUNG
msgrafik.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: Samuel Kullmann
Seite 3: Canstock